Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/2004

14. 03. 88

Sachgebiet 64

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit (20. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Frau Eid und der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 11/449 —

Von der DEG gefördertes Projekt Palmoriente S.A. in Ecuador

A. Problem

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die bundeseigene Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH (DEG) anzuweisen, sich unverzüglich aus dem Ölpalmenprojekt „Palmoriente S.A." in Ecuador zurückzuziehen.

B. Lösung

Ablehnung des Entschließungsantrages.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

wurden im Ausschuß nicht erörtert.

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Antrag — Drucksache 11/449 — wird abgelehnt.

Bonn, den 9. März 1988

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Dr. Holtz	**Frau Eid**	**Frau Luuk**	**Schreiber**
Vorsitzender	Berichterstatter		

Bericht der Abgeordneten Frau Eid, Frau Luuk und Schreiber

I. Beratungsverlauf

Der Deutsche Bundestag überwies den Antrag in seiner 20. Sitzung am 25. Juni 1987 an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und zur Mitberatung an den Haushaltsausschuß sowie an den Ausschuß für Wirtschaft. Der Haushaltsausschuß gab seine Stellungnahme am 5. November 1987 ab, der Ausschuß für Wirtschaft am 13. Januar 1988. Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit beriet den Antrag am 3. Februar 1988.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Die Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH (DEG) ist an dem Projekt Palmoriente S.A. finanziell beteiligt. Nach den Plänen der ecuadorianischen Regierung soll das bisher 10 000 ha umfassende Ölpalmenprojekt auf 200 000 ha erweitert werden. Dagegen wenden sich die lokalen Indianerorganisationen. Sie befürchten schwerwiegende kulturelle sowie auch ökologische Folgen des Projekts.

Aus diesem Grund soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die DEG anzuweisen, sich unverzüglich aus dem Ölpalmenprojekt „Palmoriente S.A." in Ecuador zurückzuziehen.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der Haushaltsausschuß und der Ausschuß für Wirtschaft empfehlen die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratung im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Der Ausschuß beschloß mit Mehrheit, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Die Fraktion DIE GRÜNEN stimmte für den Antrag. Das Projekt sei weder ökologisch noch sozial noch entwicklungspolitisch sinnvoll. Bei Gesprächen mit Indianerorganisationen seien die verheerenden Auswirkungen dieses Projekts deutlich geworden. Bereits früher war die Vermutung ausgesprochen worden, daß zwei Fischsterben in der Region auf den Einsatz von Herbiziden oder Pestiziden auf der Ölpalmenanbaufläche zurückzuführen seien. Die durch die Ölmühle der Plantage produzierten Abwässer erreichten die Werte der organischen Abfälle einer Stadt von ca. 60 000 Einwohnern. Es wurden auch Zweifel an der angegebenen Verwendung der Ölfrüchte geäußert. Es werde nicht bei diesem Pilotprojekt von ca. 10 000 ha bleiben. Es gebe Pläne, es auf 200 000 ha auszudehnen.

Die Fraktion der SPD sprach sich aus drei Gründen gegen das Projekt aus. Durch das Projekt seien Umweltschäden zu erwarten. Der Lebensraum der Indianer werde verändert, bzw. eingeengt. Außerdem wurden keine Dauerarbeitsplätze für die Bevölkerung in dieser Region, sondern Arbeitsplätze für Zeitarbeitskräfte ohne soziale Sicherung geschaffen. Es sei fraglich, ob die Ausweitung der Plantage unterbleibe, ob die Anliegen der Indianer und die anderen Probleme ausreichend berücksichtigt würden. Es sei auch zu fragen, welche Garantien die DEG für die Einhaltung dieser Absichten habe.

Die Bundesregierung verwies darauf, daß das Projekt bereits 1982 beschlossen worden sei. Es sei begonnen worden, um Ecuador vom Ankauf ausländischer Ölmengen unabhängig zu machen. Von der Fläche von 10 000 ha seien nur 5 300 ha bepflanzt. Eine Erweiterung des Projekts käme nicht in Frage. Weitergehende Pläne würden nicht mehr verfolgt. Dabei werde auch auf die Beschaffenheit der Urwaldböden Rücksicht genommen.

Das Bewußtsein für die sozio-ökonomischen und ökologischen Probleme sei erheblich gestiegen. Die DEG sei aufgefordert worden, auf die umweltverträgliche Gestaltung des Projekts, auf Ausbildungs- und Beschäftigungsaspekte sowie auf die Anleitung und Beratung indianischer Smallholder zu achten. Die Trinkwasserversorgung und die Fischgründe seien durch den Einsatz von Pestiziden nicht bedroht. Das Produktionsverfahren der Ölmühle arbeite ohne den Einsatz von Chemikalien. Die Kapazität des Klärbeckens, dessen angemessener Sauerstoffgehalt regelmäßig überprüft werde, solle erweitert werden. Neben einer Zahl an Arbeitsplätzen für Gelegenheitsarbeiter seien auch 700 feste Arbeitsplätze geschaffen worden. Die Indianer seien heute nicht mehr so abhängig von der Preisgestaltung durch Händler, weil es eine gewisse Kontrolle durch den Staat gebe. Man versuche, das Beste aus dem Projekt zu machen.

Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP sprachen sich gegen den Antrag aus, weil ein Rückzug der DEG aus dem Projekt den Verlust der Möglichkeit bedeute, auf dieses Einfluß zu nehmen.

Früher bestehende Pläne einer Ausweitung würden nicht mehr verfolgt. Der geringe Gewinn an festen Arbeitsplätzen sowie die mit dem Projekt verbundenen ökologischen Folgen gäben zwar zu einer kritischen Bewertung des Projekts Anlaß. Bei einem Verbleib im Projekt seien die Einflußmöglichkeiten größer. Jegliche Ausweitung des Projekts sei zu vermeiden. Für den Fall, daß eine Ausweitung des Projekts beabsichtigt sei, solle man den Rückzug prüfen.

Bonn, den 9. März 1988

Frau Eid **Frau Luuk** **Schreiber**

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333